

Wenn der Nahe Osten vorankommen will, braucht er nicht weniger, sondern mehr Israel. Die wachsende Israel-Skepsis Europas ist in Wirklichkeit ein Rückzug von seinen Südaufgaben.

Paris – Berlin – Jerusalem

30. April 2002, Gerd Held

Das Jahr 1962 ist für das heutige Frankreich ein Schlüsseldatum. Die Entscheidungen dieses Jahres bilden Orientierungslinien, die bis heute fortwirken. Am 18. März vor 40 Jahren wurde mit den Vereinbarungen von Evian der Weg Algeriens in die Unabhängigkeit besiegelt. Im Juli fand in der Kathedrale von Reims jene feierliche Begegnung von De Gaulle und Adenauer statt, die im folgenden Jahr zum deutsch-französischen Freundschaftsvertrag führte. So überlagerte das europäische Projekt das Südprojekt, das mit Algerien aufgegeben wurde. Am 28. Oktober des gleichen Jahres entschieden sich die Franzosen mit 61,7% der Stimmen für die Einführung der Direktwahl des Staatspräsidenten in die Verfassung. Während so eine politische Zentralfigur geschaffen wurde, die Macht und tagespolitische Handlungsfähigkeit verband, nahm der Citoyen auch seine Distanz. Bei Renault wurde die vierte bezahlte Urlaubswoche eingeführt, und es erschien ein Buch mit dem prophetischen Titel „Auf dem Weg zu einer Freizeit-Zivilisation?“. In Südfrankreich begegneten sich Algerien-Rückkehrer und Sonnen-Urlauber. So wurde mit dem Jahr 1962 die Süddimension Frankreichs gewissermaßen stillgestellt worden. Kein Projekt überbrückte mehr den Abstand zwischen Nord- und Südufer des Mittelmeers. Die ehrgeizigen Verbindungen und weitgespannten Räume, die den Sieg der Alliierten im 2. Weltkrieg ermöglicht hatten, und die in der gesamtmediterranen Aufbruchsstimmung der 50er Jahre noch fortschwangen, gerieten in Vergessenheit. Nun kannte man allenfalls noch koloniale Sünden. Auch Frankreich bekam sein „Nie wieder!“

Freilich hätte damals niemand gedacht, dass 40 Jahre später in Frankreich auf offener Straße jüdische Bürger bespuckt und mit Steinen beworfen werden, daß die öffentliche Meinung fast unisono das „Problem Israel“ entdeckt, und daß zugleich viele Franzosen am liebsten Juden und Araber in Richtung Süden ausgewiesen sähen, damit endlich Ruhe ist. Wer hätte gedacht, daß der sonnige Opportunismus von 1962 – und der gemütliche Unter-dem-Pflaster-liegt-der-Strand-Antikolonialismus von 1968 - einmal so schäbig enden würde? Und doch gibt es deutliche Linien, die auf die Konstellation von 1962 zurückverweisen. Denn das, was heute stattfindet, ist weniger aktiver Antisemitismus als vielmehr Gleichgültigkeit gegenüber dem Süden. Man möchte da „nicht hineingezogen werden“ und Israel steht all denen im Wege, die auf einen Ausgleich der Dinge im Selbstlauf hoffen. Dieser Geist des Rückzugs ins Leichtere ist Anfang der 60er Jahre dominant geworden. 1962 ist das Datum eines Süd-Neutralismus, der in Frankreich begann und sich in Europa durchsetzte. Denn Paris ist das Südscharnier Europas. Wenn sich hier Schweigen über die Realitäten der neuen Regime im Süden ausbreitet und wenn Israel hier nicht mehr als Sache Europas verstanden wird, dann bedeutet das viel. Ein Vergleich mit der Ostdimension Europas und mit Deutschland ist erhellend. Auch hier gab es Anfang der 60er Jahre gewisse Rückzugstendenzen und einen Wandel der Bundesrepublik

vom Provisorium zum kleineuropäischen Binnenprojekt, das gegenüber der Spaltung Europas unempfindlicher wurde. Doch hat sich nie ein Ost-Neutralismus wirklich durchgesetzt. Die Kritik an den Regimen und der Maßstab der Freiheit blieben intakt. Westberlin blieb eine Bastion. Und von hier gab es eine Brücke nach Jerusalem, die freilich mehr auf der Anerkennung einer deutschen Schuld beruhte als auf der Identifizierung mit dem Projekt Israel.

Die Quittung dieses Süd-Neutralismus bekommen wir jetzt. Selten war die Stimmung der europäischen Öffentlichkeit so einmütig und gleichzeitig so desinteressiert wie jetzt im Nah-Ost-Konflikt. Europa bekundet sein Verständnis für die Palästinenser. Aber was versteht Europa da eigentlich? Die EU-Außenpolitik weckt nur vage Hoffnungen, dass die Palästinenser von ihr mehr bekommen als von den USA. Auf der anderen Seite weiß Europa darüber, an was Israel eigentlich arbeitet und welches Leben es für den Nahen Osten wünscht, weniger als je zuvor. Man sieht nur noch zwei Völker: eines „mit Boden“, das andere „ohne Boden“. Eine denkfaule Öffentlichkeit zieht sich auf die Sprache der Äquidistanz zurück. Die Leerformel der „Gewaltspirale“ zeichnet das Bild zweier verbohrtter Gegner, die sich nicht respektieren wollen. Damit wird im Grunde eine völlig simple Lösung suggeriert. Beide Seiten müssen nur Frieden wollen, um Frieden zu bekommen. Als ob an der Südseite Europas nicht ein massives Entwicklungsproblem bestände.

Gewinnen die Menschen wirklich mehr Brot und Existenz, wenn alle israelischen Siedlungsprojekte aufgegeben werden? Könnte es sich bei diesen Projekten nicht um wichtige Posten für technologischen Fortschritt und bürgerschaftliche Tugenden handeln, die auch ein zukünftiger Staat der Palästinenser nutzen kann? Israel hat eine große Zahl an arabischer Bürger. Warum sollte eigentlich ein palästinensisches Staatswesen von jüdischen Siedlergruppen frei sein? Europa aber hört andächtig zu, wenn reaktionäre Parolen von Volk und Boden sich in Palästinensertücher hüllen.

Israel repräsentiert eine Moderne des Südens

Ist der Staat Israel wirklich nur, wie der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor kurzen in einem Interview sagte, „die Folge der Nichtintegration der Juden in die europäische Gesellschaft im Laufe von mehr als 1000 Jahren“. Dann gäbe es keine eigene Grundlage Israels und der Christdemokrat Lamers subsumiert Israel der binneneuropäischen Geschichte, in deren Zusammenhang die Juden nur als Opfer Interesse finden. Die Realität ist weiter. Seit seiner Gründung hat der Staat Israel gut gearbeitet. In 50 Jahren ist die Zahl der Beschäftigten von 585 700 (1950) auf 2 361 600 (2000) gestiegen – allein in der letzten Dekade um 870 000. Noch wichtiger ist die sektorale Verschiebung. Zwischen 1958 und 2000 fiel der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft von 17,6% auf 2,8%, der Industrieanteil von 21,5% auf 14,9 %, der in Handel, Gaststätten und Hotelwesen stieg von 13,5% auf 14,8% und der in allen übrigen Dienstleistungen von 29,5% auf 50,7%. Während die Anteile der Nahrungs- und Textilindustrie sanken, stiegen die Anteile der Chemieindustrie von 7,42% auf 9,89%, des Maschinenbaus und der Metallverarbeitung von 11,55% auf 14,89% und der Elektronik/Elektrotechnik von 3,68% auf 22,43%.

Israel ist nicht mehr das Jaffa-Land. Es hat größere Fertigungstiefen und höhere Technologiestufen gewonnen. Im Elektronikbereich exportierte Israel im Jahr 2000 Güter im Werte 13 Mrd. US-Dollar, wobei der nicht-militärische Bereich 90% ausmachte. Fast 100 israelische Unternehmen sind an der New Yorker NASDAQ-Börse gelistet. Entsprechend hat das Land sich im Welthandel neu positioniert. Während 1986 flossen noch 80% der Exporte nach Westeuropa und Amerika, im Jahr 2000 ist der Anteil Afrikas, Lateinamerikas und vor allem Asi-

ens erheblich gestiegen. Damit situiert sich Israel auf einem Niveau, das bisher den Vereinigten Staaten, Westeuropa und Japan vorbehalten war. Es ist das am weitesten in der südlichen Hemisphäre gelegene Land dieser Art.

Auch politisch ist Israel ein mediterraner Glücksfall. Es ist ein Einwanderungsland mit einem pluralistischen Staatsvolk. In Israel kann Legitimität nicht durch Privilegien der Abstammung oder Herkunft gebildet werden, sondern nur durch Beiträge zum Fortkommen des Landes. Israel ist eine Kolonie, aber nicht in dem Sinn, daß es Teil eines *Kolonialreichs* und Instrument eines Mutterlandes ist. In diesem Sinne ist die Inbesitznahme von Land mit Recht desavouiert. Das Wort „Kolonie“ umfaßt aber auch den Sachverhalt, daß sich eine Gruppe von Menschen in fremdem Territorium ansiedelt. Solche *Siedlerkolonien* werden heute auf der Welt sowohl von Migranten als auch von Beschäftigten globaler Unternehmen praktiziert. Sie bilden verschiedene Formen von Diaspora. So auch im Fall Israels. Die Diaspora wurde hier zum positiven Projekt gewendet. Dabei wurde die Vielfalt einzelner, weit in der Welt zersplitterter Siedlungskolonien an einem Punkt zusammengezogen. Das ist einmalig. Gerade durch diesen künstlichen Gründungscharakter ist Israel im Grunde ein Vorbild für die verschiedensten Migranten dieser Erde und eine Ermutigung für jedwede aktive Diaspora.

Diese Geschichte der guten Kolonie steht nicht in der Kontinuität des christlichen Europas, aber sehr wohl in der Kontinuität der Moderne, die mit dem Aufbruch nach Westen begann. Dies gilt auch im religiösen Sinn. In der heutigen starken Verbundenheit zwischen Amerika und Israel ist ein bestimmtes religiöses Motiv wirksam. Max Weber hat in seiner „Protestantischen Ethik“ den Aufbruchgeist des modernen Kapitalismus aus einem solchen Motiv entwickelt. Im calvinistischen Glaubensverständnis ist Gott kein Erlösergott. Es gibt kein sicheres Zeichen und Zeugnis dafür. So sind die Menschen zunächst auf sich und diese Welt verwiesen, und müssen selbst die Maßstäbe des Guten finden. Daraus folgen so paradoxe – aber wirkungsvolle – Formen wie die weltbezogene Askese und die leidenschaftliche Professionalität. So, wie der Westen aus einem Aufbruch aus der Binnenwelt Europas entstand, so entsteht seine Glaubenswelt aus einem Aufbruch aus dem alteuropäischen Christentum. Die moderne Zivilisation steht also nicht in einer bruchlosen Kontinuität des christlichen Europas. Sie knüpft allerdings – und dies zeigt Weber ausführlich – an einem alttestamentarischen Motiv an: der Vertreibung aus dem Paradies. Der entwurzelte, einer ihm fremden Welt gegenüberstehende Mensch der Moderne ist gewissermaßen eine neue Konsequenz der Vertreibung aus dem Paradies. Er muss zunächst einmal selbst sehen, wie er klarkommt, und darin liegt seine moralische Chance vor Gott. Die Erlöserreligionen – und hierin sind das alteuropäische Christentum und der ältere Islam sich sehr ähnlich – enthalten diese Konsequenz nicht. Ihr Motiv zum eigenen, guten Bauen der Welt bleibt schwächer, und sie tendieren dazu, die Macht Gottes für eigene Zwecke zu instrumentalisieren.

Max Weber sah eine gewisse Nähe zwischen dem Calvinismus und dem jüdischen Glauben, in dem das alttestamentarische Vertreibungsmotiv stärker fortwirkt. Es ist weniger durch spätere Milderungen überdeckt und dies Motiv hat sich in der Diaspora geschärft. So ist die Geschichte der guten Kolonie Israel ein positives Projekt. Der Staat Israel führt, als säkulares Projekt aus religiösem Anstoß, die Geschichte des Westens im Süden fort. Dafür steht Jerusalem.

Die Systemkrise der arabisch-islamischen Welt

Die südliche Hemisphäre ist heute weitgehend von etwas anderem bestimmt: von sogenannten *rent seeking states* („Rentenstaaten“). Die Wirtschaft solcher Staaten beruht darauf, dass sie

zu besonderen Bodenreichtümern Zugang haben oder geostrategische Positionen innehaben. Ihr Erfolg beruht nicht auf den bürgerlichen Tugenden von Arbeit und Investition, sondern auf der monopolartigen Verfügung über bestimmte Lagen. Dies macht den Staat zum bevorzugten Instrument. Die Staatsklasse handelt nicht als Vertreterin des ganzen Landes, es gibt vielmehr heftige Verdrängungskämpfe um die Rentenquellen zwischen verschiedenen Clans. Zur Bindungskraft solcher Staaten gehören häufig eine Volk-Boden-Ideologie und auch eine Instrumentalisierung des Religiösen.

Die arabisch-islamischen Staaten, vor allem die erdölbesitzenden Staaten, sind typische Rentenstaaten – bei sehr unterschiedlicher Ausprägung des bürgerlichen Gegengewichts. Ihnen gegenüber ist Israel nicht einfach ein konkurrierender Staat. Es ist in seiner ganzen Existenzweise die bürgerliche Antithese zu diesen Staaten. Wenn vor der zweiten Intifada 130000 Palästinenser in Israel tätig waren, wirft das vor allem ein Schlaglicht auf die ölbesitzenden Nachbarstaaten. Hier liegt das Entwicklungsproblem.

Israel ist ein Aufnahmestaat, die arabisch-islamischen Staaten sind, mehr oder weniger ausgeprägt, Verdrängerstaaten. Man darf nicht vergessen, dass die jungen arabischen Regime sofort nach ihrer Gründung zu einer ethnischen Säuberung ihrer Länder geschritten sind und diese sich zuerst gegen die Juden richtete. 1945 lebten 850 000 Juden in der arabischen Welt, viele Gemeinden hatten eine 2500 Jahre alte Geschichte. Schon vor der Gründung Israels kam es zu massiven antijüdischen Ausschreitungen im Irak, in Syrien, in Ägypten und im Maghreb. 1948/49 führten sie zum Massenexodus. Die meisten Gemeinden sind heute zerstört. In dem Maße, wie der arabisch-islamische Nationalismus versuchte, das Süd-Ost-Ufer des Mittelmeers als seinen Erbhof abzuschließen, wurden die Juden zum Feind. Nicht Israel ist also die Ursache des arabisch-islamischen Hasses, sondern der Verdrängungscharakter der Rentierstaaten.

Kronzeuge dieses Systemunterschieds sind die arabisch-islamischen Emigranten. Sie sind auf der einen Seite Vertriebene, die in ihren Ländern keinen Platz haben; sie sind aber auch eigenständig Handelnde und verkörpern, ohne sich immer darüber im Klaren zu sein, ein bürgerliches Schlüsselement der südlichen Entwicklung. So bilden Arbeitsmigranten aus dem Maghreb (Marokkaner, Algerier, Tunesier) eine immer weiter verzweigte Diaspora. Marokkaner findet man heute nicht nur in Frankreich, sondern auch in Spanien, Italien, Deutschland, den Benelux-Staaten, Skandinavien und sogar in Kanada, Australien oder Neuseeland. Sie sind schon lange nicht mehr nur „Gastarbeiter“ sondern haben sehr stabile Netzwerke entwickelt.

Die eigene Unternehmensbildung geht vom Kleinhandel und der Gastronomie in den Großhandel und die Herstellung spezifischer Produkte (Nahrung, Kleidung). Die Geldtransfers aus Europa stellen inzwischen einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor dar. Offizielle Quellen nennen für Marokko eine Steigerung von 2,1 (1975) auf 18,5 (1992) Milliarden Dirham (5 DH = 1 DM), für Algerien eine Steigerung von 1,6 auf 2,5 Milliarden Franc und für Tunesien von 51,7 auf 712 Millionen Dinar (0,65 Dinar = 1 DM). In Marokko stellen die Transfers die Hauptdevisenquelle dar, noch vor dem Tourismus und den Exporterlösen. Dazu kommt der Sachtransfer, den man auf den Transferstraßen durch Spanien oder Italien beobachten kann: Kleidung, Elektrogeräte, Autos und Autoteile. Der Sachtransfer repräsentiert im Falle Marokkos und Algeriens 30% der Gesamttransfers. Die Migranten sind Investoren, die sowohl im Ausland als auch im Herkunftsland wichtige Beiträge zum Aufbau leisten. Diese Diaspora könnte auf längere Sicht der wichtigste Träger eines bürgerlichen, arabisch-islamischen Südprojekts werden.

Dafür gibt es allerdings keine Garantie, einstweilen überwiegen die gefährlichen Tendenzen. Denn die meisten Rentierstaaten befinden sich seit längerer Zeit in einer Abwärtsspirale. Die

Staatseinnahmen sinken, die Staatsklasse verschleißt sich noch weiter. Während auch in Staaten, in denen schon einmal ein gewisser bürgerlicher Stand erreicht war, das Bürgertum geschwächt wird, frißt der Islamismus auch die bisherige Staatsklasse an. Er formiert die Marginalisierten zu einer Art Heerlager und verwandelt die frühere bürokratische Stabilität in eine permanente Mobilisierung. Es gibt in der arabisch-islamischen Welt eine Systemkrise, die mit der Krise des Ostblocks durchaus vergleichbar ist. So wichtig es ist, zwischen verschiedenen arabischen Ländern zu unterscheiden, so falsch wäre es, von Handys, Fernsehern, Ingenieurdiplomen und Pilotenscheinen auf eine unaufhaltsame Modernisierung zu schließen. Insbesondere die Entwicklung der Palästinenser, die einmal recht starke bürgerliche Kräfte im Nahen Osten umfaßten, und die sich in den letzten Jahren mehr und mehr den bürger- und staatsfernsten Positionen angeschlossen haben, zeigt die Krise.

Das Feindbild Israel verhindert bisher, dass sich Teile der arabisch-islamischen Bevölkerung gegen diejenigen wenden, die ihre Länder eng machen. Noch hält diese Fessel, aber es gibt keinen prinzipiellen Grund, warum sich das nicht ändern sollte. Es gibt auch keinen religiösen Grund. Wenn nämlich erst ein Bruch im Christentum den Westen eröffnete, so kann auch ein Bruch im Islam am Anfang einer größeren Südgeschichte stehen. Er ist von seiner Erfahrungswelt dafür durchaus geeignet.

Europas Südvergessenheit

In einer Zeit, in der die Rentierstaaten an den Entwicklungsaufgaben des Südens deutlich scheitern und in Destruktion umzukippen drohen, kann Europa sich nicht an eine Fiktion des Ausgleichs mit ihnen klammern. Es muß zusammen mit den Vereinigten Staaten den Mut zum eigenen Weg im Süden aufbringen, und dabei wird auf mittlere Sicht vielleicht die arabisch-islamischen Diaspora in Europa zum wichtigsten weiterführenden Element. Sie muß sowohl geschützt als auch herausgefordert werden – was eine wesentliche zahlenmäßige Vergrößerung ausschließt. Zugleich braucht der Süden eine kontinuierliche Kapital-Transferbrücke, damit Arbeitsteilungen mit größerer technologischer Tiefe möglich werden. Das wiederum wird ohne Niederlassungsrechte und religiöse Toleranz für westliche, christliche und jüdische Bürger nicht gehen. Es wäre also im Süden Europas ein großer Deal denkbar, bei dem Europa arabisch-islamischen Migranten anspruchsvolle Plätze bietet, und im Gegenzug auch eigene Ansiedlungsrechte im Süden bekommt. Das wird sicher Asymmetrien und Streit mit sich bringen, ist aber auch realitätsnäher, weil hier nicht nur Waren und Worte bewegt werden, sondern Menschen und Kapital.

Die euro-mediterranen Programme, die im Rahmen des sog. Barcelona-Prozesses geschaffen wurden, sind sicher hilfreich, aber ihre Fixierung auf die Paritäten von „Austausch“ und „Dialog“ läßt nur ein sehr schmales Handlungsfeld zu. Von den interkulturellen Runden wird inzwischen berichtet, dass man sich in der Konstatierung von Unterschieden festgefahren hat. Beim Freihandel zeigt die Statistik eine geringe Relevanz: Für Frankreich repräsentiert der Maghreb-Handel nur 2% des Gesamtaußenhandels. Zudem hat die EU ausgerechnet ihre Agrarmärkte vom mediterranen Freihandel ausgeschlossen. Sie schützt nur ihre Landwirte statt auch einem südlichen Agrarbürgertum eine Chance zu geben. Europa scheint also im Zweifelsfall die freundlicheren und oberflächlicheren Konstruktionen nach dem Vorbild des einfachen Waren- und Worttauschs vorzuziehen. Diese Konstruktionen haben die Tendenz, das mediterrane Gegenüber von Nordufer und Südufer zu fixieren. Die Teilnehmer an Tausch und Dialog setzen ja nicht ihre eigene Position aufs Spiel. Wo es keine übergreifende Aufgabe gibt, kann die Trennungslinie zwischen „wir“ und „ihr“ nur bestätigt werden. Aus der Befrei-

ungsgeschichte Osteuropas wissen wir, daß die auf Parität gebauten Verträge zwar ihren Nutzen hatten, aber letztlich andere Bewegungen und Hebel den Ausschlag gaben. Was den Süden betrifft, scheint Europa aber solche Bewegungen und Hebel auszuschließen und im Grunde von einer Spaltung des Mittelmeers auszugehen.

Wenn Europa sich jetzt in Israel-Schelte übt, spricht es im Grunde gar nicht über den Süden, sondern über sich selbst. Es ist wohl kein Zufall, dass der CDU-Politiker Lamers sagte, der Staat Israel sei nur „die Folge der Nichtintegration der Juden in die europäische Gesellschaft im Laufe von mehr als 1000 Jahren“. In dieser Sichtweise ist kein Platz für ein eigenes Projekt Israel, sondern nur eine binneneuropäische Geschichte, in deren Zusammenhang die Juden nur als Opfer Interesse finden. Zugleich wird hier der Bruch unterschlagen, der Europa erst westfähig machte. Tatsächlich besteht die Gefahr, dass sich ein Geist des Rückzugs in Form eines französisch-deutschen, kerneuropäischen Kurzschlusses durchsetzt und eine Neutralitätspolitik nach Süden etabliert.

Aber soll jetzt wirklich das, was glücklicherweise im Osten gegenüber Solidarnosc (und West-Berlin!) nicht die Oberhand gewann, nach Süden doch noch zum Zug komme? Es wäre eine historische Schande, und sie wäre es vor allem für die christlich-demokratische Partei, die einmal unsere Westbrücke war. Israel ist der Prüfstein. Es ist ein wichtiger Vorposten für eine bürgerliche Emanzipation des Südens und ein wichtiger Bezugspunkt für jede aktive Diaspora. Heute gibt es weniger denn je Grund, diesen Vorposten zur Disposition zu stellen. Berlin muß zu Jerusalem stehen. Nur so kann Paris aus seiner Sackgasse herausfinden und Frankreichs wichtige Südrolle wieder annehmen.

(Manuskript vom 30.4.2002, erschienen als Essay in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung am 12.5.2002 unter der Überschrift „Europas gefährliche Südvergessenheit“)